

## KURZ

**Gräber für weitere 40 Jahre**

**STADT BERN** Auf dem Bremgartenfriedhof bleiben die Gräber von Rosa Neuschwander, Ulrich Walter von Bonstetten und Theodor Kocher für weitere 40 Jahre erhalten. Rosa Neuschwander galt als einflussreichste Persönlichkeit der bernischen Frauenbewegung, wie die Stadt gestern mitteilte. Ulrich Walter von Bonstetten war ein Pionier der Schweizerischen Pfadfinderbewegung. Theodor Kocher wurde 1909 für seine Arbeiten im Bereich der Physiologie, Pathologie und Chirurgie mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. (sda)

**«Tibits» in neuen Farben**

**STADT BERN** Bereits zum zweiten Mal wurde das vier Jahre alte Restaurant Tibits am Bahnhofplatz in ein neues Farbenkleid getaucht. Der bewusste Farbwechsel werde alle zwei Jahre mit Londoner Designern und Wohn-In in Küsnacht durchgeführt, heisst es in einer Medienmitteilung. Seit Mittwoch nun sind die Wände golden, die Tapeten pink, Polster und Vorhänge sind in erdigen Streifenmustern gehalten. (pd)

**Fragen zur Lebensqualität**

**STADT BERN** Thema der diesjährigen Einwohnerinnen- und Einwohnerbefragung ist die Lebensqualität. Der Gemeinderat hat beschlossen, Bürgerinnen und Bürger zum subjektiven Sicherheitsbefinden und zur Familienfreundlichkeit der Stadt zu befragen. (pd)

**Kran für Stadtgärtnerei**

**STADT BERN** Der Berner Gemeinderat hat für den Kauf eines Kranlastwagens für die Stadtgärtnerei einen Kredit von 350 000 Franken bewilligt. Der Stadtrat muss noch darüber befinden. (pd)

**Unterstützung von sozial Benachteiligten**

**STADT BERN** Für die Durchführung des Frühförderungsprojekts «Opstapje» hat der Berner Gemeinderat für die Jahre 2007 bis 2011 jährliche Beiträge von je 100 000 Franken aus dem Ziegler-Fonds bewilligt. Im Rahmen des Projekts sollen sozial benachteiligte Eltern bei der Betreuung und Förderung ihrer Kinder unterstützt werden. «Opstapje» ist Teil eines Massnahmenpakets, das die Bildungschancen sozial benachteiligter Kinder verbessern will. (pd)



Der Schein trägt: **Grossrat Thomas Fuchs (hinten Mitte)** war beim Tumult zwar dabei, laut eigenen Aussagen aber gewaltfrei. KEY

# Herman und die Folgen

Grossrat Thomas Fuchs droht Leserbriefschreibern mit einer Anzeige

*Der Verein Pro Libertate bereitet eine Anzeige gegen jene Frauen vor, die den Vortrag von Eva Herman störten.*

*Grossrat Thomas Fuchs (svp) droht Leserbriefschreibern mit einer Anzeige wegen übler Nachrede, falls sie sich nicht bei ihm entschuldigen.*

Thomas Fuchs hat etwas gelernt: «Ich mache sicher nicht zum zweiten Mal den Fehler, bei einem Anlass Gewalt anzuwenden», meint der SVP-Grossrat. Vor zehn Jahren habe er bei einem Vortrag von Christoph Blocher «überreagiert», indem er Störenfriede eigenhändig aus dem Berner Kursaal schmiss. Letzten Samstag sei er indes nicht tätlich geworden, als es

beim Auftritt der streitbaren Buchautorin Eva Herman im Hotel Bern handfest zur Sache ging, beteuert Fuchs. Dies müssen nun auch zwei Leserbriefschreiber zur Kenntnis nehmen, die Fuchs der Tätlichkeiten bezichtigten. Falls sie sich bis Mitte März nicht bei ihm entschuldigen, drohe ihnen eine Anzeige wegen übler Nachrede, hat ihnen Fuchs brieflich mitgeteilt. Die Autorin des einen Leserbriefs ist die linksgrüne Nationalrätin Franziska Teuscher. Der Autor des zweiten Schreibens ist ein Arzt, der seinen Namen nicht noch einmal in der Zeitung lesen möchte.

Teuscher nimmt gelassen. «Ich habe mich aufgrund der Berichterstattung in der ‚Bernern Zeitung‘ geäussert», sagt die Profi-Politikerin, die selber beim Anlass nicht zugegen war. Von einer Entschul-

digung will sie nichts wissen. «Wenn etwas am Sachverhalt nicht stimmt, soll sich Fuchs an die Zeitung wenden», sagt Teuscher. Beim Autor des zweiten Briefs scheint die Einschüchterung zu wirken: Er klärt nun das weitere Vorgehen mit seinem Anwalt ab. Fuchs sieht in seinen Drohungen gegen die Leserbriefschreiber keinen Eingriff in die Meinungsfreiheit. «Es geht nicht um die Meinungsfreiheit, es geht um eine falsche Anschuldigung.» Er habe sich schliesslich auch bei der «Bernern Zeitung» über die Berichterstattung beschwert, die seiner Meinung nach einseitig ausgefallen sei, sagt Fuchs.

Konkrete Pläne für juristische Schritte gibt es bei der veranstalteten Vereinigung Pro Libertate. «In den nächsten Tagen werden wir eine Strafanzeige gegen von uns er-

kannte Personen einreichen», sagt Präsidentin Ami Bossard. Dabei gehe es unter anderem um Hausfriedensbruch und Nötigung. «Es ist unerhört, dass man eine Gastreferentin nicht zu Wort kommen lässt», sagt Bossard. Gewalt gehöre nicht zu einer demokratischen Auseinandersetzung. Bossard räumt ein, dass Besucher der Veranstaltung wütend auf die Störenfriede reagiert hätten. «Im Tumult wurde die eine oder andere Frau hinausgeschubst», sagt Bossard.

«Ist es einer Demokratie würdig, dreinzuschlagen?», kontert eine der protestierenden Frauen, die anonym bleiben will. Klatschen und Jubeln zu Beginn seien ironisch gemeint gewesen: «Wir dachten nicht, dass dies zu Gewalt führen würde». (bob)

Leserbriefe Seite 9

## Postgasse-Täter flüchtete zweimal

*Gestern hat die Polizei einen der Postgasse-Räuber auf dem Bundesplatz geschnappt. Dabei verletzte dieser eine betagte Frau. Bereits zum zweiten Mal war er aus der Arbeitserziehungsanstalt geflüchtet.*

Er war einer der sieben Täter, die am 11. Mai 2003 in der Postgasse einen Velofahrer beinahe totgeprügelt hatten – «wegen acht Franken für den Moonliner und der puren Lust am ‚Schlegle‘», wie es der Anwalt des Opfers formuliert hatte. Einige von ihnen hatten bereits vorher in der Münstergasse einen Anwohner spinalreif geschlagen.

Der brutale Schläger kam in eine Arbeitserziehungsanstalt, in der auf ihn «sozialpädagogisch eingewirkt und auf seine nötige Nachreifung hingearbeitet» werden sollte. Beim jungen Mann mit Jahrgang 85 fruchteten diese Bemühungen jedoch wenig: Bereits zweimal brach er aus der Arbeitserziehungsanstalt aus. Das erste Mal im Jahr 2005 aus dem Baselbieter Arxhof, wobei er neun Monate untertauchte, bis er sich selber wieder bei den Behörden meldete. Das zweite Mal brach er im letzten Dezember aus. Es handelt sich um einen der drei zur Tatzeit noch minderjährigen Räuber. Drei der Volljährigen waren zu Zuchthausstrafen zwischen sechseinhalb und elf Jahren verurteilt worden, einer zu Arbeitserziehungsanstalt.

**Auf dem Bundesplatz erwischt**

Der junge Mann sei seit längerer Zeit zur Verhaftung ausgeschrieben gewesen, teilten das Jugendgericht und die Stadtpolizei Bern mit. Gestern Nachmittag, kurz vor 13 Uhr, entdeckten Mitarbeitende der Polizei den Mann auf dem Bundesplatz. Er habe versucht, um jeden Preis zu flüchten, gab die Stadtpolizei bekannt. Dabei riss er eine 81-jährige Frau, die am Bancomanat vor der Berner Kantonalbank stand, zu Boden. Erst danach gelang es den Polizisten, den Flüchtigen festzunehmen. Die betagte Frau wurde am Kopf verletzt und ins Spital eingeliefert. Sie konnte es in der Zwischenzeit wieder verlassen. (wal)

## «Attraktion Nummer eins»

Berns Stadtparlament schuf gestern Abend die planungsrechtlichen Grundlagen für den neuen Bärenpark

*Raus aus dem Graben, rein in den Park an der Aare: Der Stadtrat will den Bären ein besseres Leben ermöglichen. Doch erneut wurde bekräftigt, dass der Stadt keine Folgekosten entstehen dürften.*

SUSANNE WENGER

Fast einstimmig schuf das Stadtparlament gestern die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den neuen Bärenpark an der Aare: Mit 54 zu 1 Stimmen bei 9 Enthaltungen genehmigte die Legislative die Überbauungsordnung zum Uferschutzplan Klosterliareal und Tramdepotareal. Das letzte Wort wird das Volk haben.

Einzig GPB-Stadtrat Daniele Jenni stimmte gegen die Vorlage, forderte die ersatzlose Streichung der «befremdlichen, tierfeindlichen Bärenhaltungsübung in Bern». Ansonsten war man sich quer durch die Parteien einig: Die Bären werden im neuen Park ein besseres Leben haben, als sie es heute im Graben fristen. FDP-Stadtrat Christoph Müller, Sprecher der vorberatenden Kommission, hatte sich dort nochmals umgesehen: «Nach 16-stündiger Dun-

kelhaft geht Bär Urs um 9 Uhr morgens nervös in seinem Verlies auf und ab, um später den Tanzbären fürs Publikum zu geben», berichtete Müller. Doch das Publikum verabscheue zunehmend die «Unwürdigkeit dieser Situation». Der neue Bärenpark sei «ein Quantensprung» in Berns Bärenhaltung, lobte der Kommissionsprecher. Die Tiere könnten rund um die Uhr durchs Gelände streifen, Fressen suchen, sich in Höhlen zurückziehen, schlafen. Alle Tierschutzvorschriften seien erfüllt – «sicher für die nächsten 20 Jahre», so Müller.

**«Eher faule Tiere»**

Der Bärenpark sei innovativ, er werde zum Publikumsmagneten, zeigte sich Anna Linder namens der Fraktion GFL/EVP überzeugt. «Das gibt die Touristenattraktion Nummer eins», sagte auch Sarah Kämpf als Sprecherin der SP-Fraktion. Stellvertretend für seinen Namensvetter, den Bären Urs, empfahl Urs Frieden von der Fraktion GB/JA die Vorlage «wärmstens» zur Annahme. Die Überbauungsordnung überzeuge punkto Tier-, Ufer- und Hochwasserschutz.

Für Genugtuung sorgte im Ratsaal die Tatsache, dass die Finanzierung der rund 9 Millionen Franken teuren Anlage durch Sponso-



Keine Dunkelhaft mehr für Bär Urs (30), so wills der Stadtrat. FRZ

ren bereits so gut wie gesichert ist. Die Stadt Bern kostet der Bärenpark lediglich den Projektionskredit von 690 000 Franken. Dabei müsse es zwingend bleiben, forderten einige Votanten. «Auch nachträglich darf die Stadt kein Geld ausgeben», unterstrich Erich Hess namens der SVP-Fraktion. Er sorgte sich zudem, ob denn die Bären im weitläufigen Park fürs Publikum auch wirklich genügend zu sehen seien. «Bären sind doch eher faule Tiere, machen es sich in der Höhle bequem oder an einem schattigen Plätzchen», so Hess.

Stadtpräsident Alexander Tschäppät (sp) konnte ihn beruhigen: «Man sollte die Bären eigentlich immer sehen.» Der Bärenpark sei «ein wichtiges Geschäft», befand Tschäppät. Die Innenstadt werde aufgewertet, wovon das Gewerbe profitiere. Der Stadtpräsident dankte den Sponsoren und Gemeinderätin Barbara Hayoz (fdp), die das Projekt «mit grossem Engagement» vorangetrieben habe.

**Uferweg bleibt nachts offen**

Ueines war der Rat in der Frage, ob der Uferweg entlang dem Bärenpark zum Klösterli nachts geschlossen werden soll, wie dies Anwohner fordern («Bund» von gestern). Mit 40 zu 19 Stimmen kam schliesslich der Kommissionsantrag gegen die nächtliche Schliessung des Wegstücks durch.

So klar sich das Parlament hinter den Bärenpark stellte, so mager ist jedoch bisher die Anmeldung von Stadtratsmitgliedern für den grossen Bärenpark-Sponsorenlauf vom 22. März ausgefallen. Erst fünf Abgeordnete hätten sich angemeldet, tadelte Stadtratspräsident Peter Bernasconi (svp) die 80-köpfige Legislative. Stadträtinnen und Stadträte machen es sich offenbar lieber an einem schattigen Plätzchen bequem – genau wie die Bären.

## Gemeinderäte sollen in Verwaltungsräten bleiben

**STÄDTISCHE WERKE** Das Berner Stadtparlament hat sich gestern mit den Mängeln in der politischen Steuerung der drei ausgelagerten Stadtbetriebe Bern Mobil, Energie Wasser Bern (EWB) und Stadtbauen Bern (StaBe) befasst. Anlass zur Debatte gab eine Studie der Universität Bern zur Auslagerung öffentlicher Aufgaben. Sie hat Mängel bei der politischen Steuerung ausgemacht. Die Kompetenzverteilung zwischen Verwaltungsrat, Gemeinderat und Stadtparlament sei teils unübersichtlich und uneinheitlich. Die Autoren regen deshalb eine konsistentere Ausgestaltung und konsequentere Nutzung der Steuerungsinstrumente an.

Konkret sollte in allen drei Unternehmen der Gemeinderat den Verwaltungsrat wählen. Die heutige Vertretung von Gemeinderatsmitgliedern in den Verwaltungsräten sei dagegen hinsichtlich personeller Verwobenheit kritisch zu überprüfen. Die Studie schlägt auch ein Mediationsgefäss und ein Teilnehmungsmanagement vor (siehe «Bund» vom 16. 2.).

**Linke will keine AGs**

Insgesamt kamen die Feststellungen und Empfehlungen der Studie auf bürgerlicher Seite besser an als im linken Lager. «Grundsätzlich und mehrheitlich

glücklich» erklärte sich die FDP. «Mit den allermeisten Ausführungen einverstanden» war die SVP, die den Zeitpunkt als günstig erachtet, sich mit der Revision der Reglemente für die ausgelagerten Betriebe zu befassen. Die Ratslinke jedoch wehrte sich insbesondere gegen die vorgeschlagene Umwandlung von Bern Mobil und EWB in Aktiengesellschaften.

Die Empfehlung der Studie, auf eine Vertretung des Gemeinderats in den Verwaltungsräten der ausgelagerten Betriebe sei zu verzichten, stiess fast in allen Fraktionen auf wenig Gegenliebe.

**«Fahrlässig und absurd»**

Es sei «fahrlässig und absurd», gemeinderätliches Know-how aus den Verwaltungsräten auszuschliessen, sagte Natalie Imboden (gb/ja). Als hundertprozentige Eignerin der Betriebe müsse die Stadt in den Verwaltungsräten vertreten sein, erklärte Hans Peter Aeberhard (fdp). Die SP sprach sich sogar für jeweils zwei Vertreter des Gemeinderats in den Verwaltungsräten und für mehr Einfluss für das Stadtparlament aus. Einen schweren Stand bei einer Revision der Reglemente dürften ebenso das von der Studie vorgeschlagene Teilnehmungsmanagement sowie der Mediationsausschuss haben. (sda)